

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Beleglohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 Spaltenzeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 224. Dresden, Sonnabend den 26. September 1908. 19. Jahrg.

Parteilosen! Parteilosen! Werbt neue Leser für eure Zeitung, die Dresdner Volkszeitung! Neue Leser sind neue Streiter im großen Kampfe der Arbeiterklasse!

Auf zu den Kommunalwahlen!

In dem weitaus größten Teile der sächsischen Landgemeinden und einer großen Anzahl Städte müssen in den kommenden Wochen die Wahlen zu den Ortsparlamenten vollzogen werden. Dieser Tatsache muß die Arbeiterklasse die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Die Kommunalwahlen sind von größter Bedeutung, wenn auch der Massenlärm dabei nicht besonders laut ertönt. Freilich, wenn das nicht der Fall wäre, liegt das auch wesentlich mit daran, daß die Parteilosen diesen Wahlen vielfach bisher nicht die Bedeutung beigemessen haben, die ihnen in Wirklichkeit zukommt. Die Resultate waren, wenigstens vereinzelt, bedauerliche Mißerfolge in den letzten Jahren, die die Gegner gegen die Arbeiterbewegung auszuüben versuchten. Die Feinde der Arbeiter, vor allen Dingen die Klassen der Besitzenden, haben uns bisher bei den Gemeindevorstands- und Stadtverordnetenwahlen an Eifer vielfach betrogen. Mit Mühseligkeit haben sie besonders im Stillen und Dunkeln gewöhnt. Das wollen wir ihnen nicht nachmachen. Bei diesen Wahlen müssen wir durch eine lebhafteste Aufklärungsarbeit unerschütterlich machen. Jeder blieb bisher viele Wünsche übrig. Bei Reichstags- und anderen Wahlen scheiterten die Arbeiter allerorts die Bedeutung einer regen Organisation zu schätzen; aber Flugblätter und Verfammlungen wählten sich nicht nur bei hochpolitischen Kämpfen, sie werden auch bei den Gemeindevorstands- und Stadtverordnetenwahlen Bürger auszurüsten und zu intensiver Betätigung anzuregen.

Vor allem muß mit dem fundamentalen Irrtum von der Bedeutungslosigkeit der Gemeindevorstands- und Stadtverordnetenwahlen gebrochen werden. Es mag zugegeben werden, daß im Reichstags- und den Landtagen weittragendere Fragen aufgeworfen werden, aber darum sind die Ortsparlamente noch lange nicht bedeutungslos. Schon die Tatsache, daß mehr als die Hälfte aller Steuerleistungen, ja in vielen Gemeinden bis zu drei Vierteln und mehr, von den Kommunalverwaltungen in Anspruch genommen wird, muß unser Interesse für diese Wahlen. Von Jahr zu Jahr sind die Ausgaben der Gemeinden in gewaltigem Maße gestiegen. So betrugen sie im Jahre 1890 die Gemeindevorstände in Sachsen auf 35 500 000 Mark, 1901 aber, also nur zehn Jahre später, bereits auf 500 000 000 Mark. In diesem kurzen Zeitraum war ein Anstehen um mehr als 81 Prozent eingetreten. Seitdem ist die Steigerung der Gemeindevorstände noch rascher gewesen; leider liegen für die letzten Jahre Gesamtwerte darüber nicht vor.

Dieses gewaltige Steigen der Gemeindesteuern muß aber auch deshalb unsere Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse in den Gemeinden lenken, weil dort vielfach noch die rückständigsten Steuererhältnisse existieren und daher die Steuerlasten die Arbeiter am allerhöchsten belasten. Eine der wichtigsten und bedeutendsten Aufgaben der Sozialdemokratie muß es sein, mit vereinten und deshalb unerschütterlichen Kräfte auf dem Gebiete der Gemeindevorstands- und Stadtverordnetenwahlen aufzuräumen. Viele Jahrzehnte sind die Steuerregulativen häufig schon alt. Früher mögen sie erträglich gewesen sein, aber durch die Entwicklung zu ganz anderen Umständen sind sie zu einem Unrecht geworden, weil sie sich unerbittlich von Geschlecht zu Geschlecht fortgeerbt haben. Diese Verhältnisse bedürfen aber um so dringender der Abhilfe, weil sich für die nächste Zeit ein weiteres Anwachsen der Gemeindevorstände zu erwarten ist. Radikale Reformen aber sind nur von sozialdemokratischen Vertretern zu erwarten; denn die Besitzenden haben in der Regel um so mehr Vertreter, je rückständiger die Steuerregulativen sind, die ärmeren Einwohner, vor allem die Arbeiter, werden davon aber um so mehr bedrückt.

Bei alledem läßt sich in den Gemeinden der Sparmonie nicht ohne weiteres das Wort reden. Denn es werden die Ausgaben in erster Linie durch wichtige kulturelle Aufgaben absorbiert, die für die breiten Volksschichten von größter Bedeutung, ja, an denen diese mehr Interesse haben wie die Besitzenden. Der Staat muß sich wohl das Recht an, die Gemeinden zu beauftragen und zu beauftragen, aber sehr wichtige soziale Aufgaben, die er selbst übernehmen sollte, überläßt er ihnen. Dabei darf er wenig danach, wobei die Gemeinden die Mittel dafür nehmen. So haben heute die Gemeinden aufzukommen für Volksschule, Armenpflege, Krankenfürsorge, Wegebau und das große Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege; auch Bauwesen, Straßenreinigung und Wohnungsfürsorge lasten auf den Kommunalverwaltungen.

Auf allen diesen Gebieten eröffnet sich Arbeitervertretern ein Feld fruchtbarer und vielseitiger Betätigung. Es bedarf keiner Schilderungen, um die Bedeutung der angeführten kulturellen Aufgaben für die breiten Volksschichten darzulegen. Es sei aber noch darauf hingewiesen, daß die ärmeren Bevölkerung an einer geordneten Entwicklung dieser wichtigen Obliegenheiten in der Gemeinde das größte Interesse hat. Wird die

Volksschule vernachlässigt, so leiden darunter in erster Linie die Kinder des Volkes, sie können einem Volksschule nicht entziehen, wenn es sich unter einer kurzfristigen Gemeindeverwaltung eingemischt hat; die Reichen aber können ihre Kinder leicht in bessere Schulen, vielleicht in solche benachbarter Städte, schicken, sie haben es ja dazu. Am Ausbau der Armenpflege haben die Besitzenden kein Interesse, sie erblicken darin nur eine unermessliche Einrichtung, die lästige Kosten verursacht, und ihr Bestreben ist in erster Linie darauf gerichtet, diese möglichst niedrig zu halten. Weit entfernt sind sie von der Erkenntnis, daß es notwendig ist, die Armenpflege zu auszubauen, daß nicht nur den Verarmten das allerwichtigste gewährt, sondern daß diese zu einer fürsorgenden Tat wird, die Verarmung und Verelendung verbietet. Auch der Gesundheitspflege bringen die Besitzenden wenig oder gar kein Verständnis, noch weniger aber guten Willen entgegen. Zumeist betrachten die bürgerlichen Vertreter die gesamte Gemeindepolitik lediglich vom finanziellen Gesichtspunkte aus, ihre Tätigkeit beschränkt sich deshalb vielfach darauf, nach Gelegenheiten zu spähen, auf Kosten der sozialen Aufgaben zu sparen.

Wohl haben die Interessengruppen der Grundbesitzer, die ja zumeist die Gemeindevorstände beherrschen, einiges Verständnis und guten Willen in Fragen, die ihre eigenen Sonderwünsche betreffen, wie Gemeindebetriebe, Baupläne und Verkehrsfragen, aber für arme und hilfbedürftige Kranke, hungernde Schul Kinder, Arbeitslose und Wohnungsreform haben sie in der Regel wenig oder nichts übrig. Ihre Gemeindepolitik beruht also gerade bei den dringendsten Bedürfnissen der breiten Volksschichten, der ärmeren Einwohner. Unter solchen Verhältnissen ist die Wirksamkeit sozialdemokratischer Vertreter in den Gemeindevorständen doppelt erforderlich. Der bürgerlichen Engstirnigkeit muß Widerstand entgegengesetzt, den sozialen Reformen eine Bahn auf kommunalpolitischem Gebiete gebrochen werden.

Schließlich dürfen wir auch nicht vergessen, daß die Gemeinde auch eine Anzahl Arbeiter beschäftigt, daß sie umfangreiche Arbeiten zu verrichten hat. Einer einsichtigen Gemeindevorwaltung bietet sich hier Gelegenheit zu wirksamer Betätigung, das Los der bei solchen Gemeindevorarbeiten beschäftigten Arbeiter erträglicher zu gestalten, indem günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbart werden können. Dasselbe gilt auch für die in Gemeindevorbetrieben angestellten Personen, die immer zahlreicher werden.

Es kann und soll nicht unsere Aufgabe sein, ein vollständiges Bild der sozialen Aufgaben der Gemeinden oder der gesamten Kommunalpolitik aufzurollen. Unsere bisherigen Andeutungen werden aber genügen, zu erkennen, daß auf diesem Gebiete der Tätigkeit sozialdemokratischer Gemeindevorstände wichtige Aufgaben harrten. Sehen wir daher bei den bevorstehenden Wahlen alle Kräfte ein, die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorstände zu vermehren! Das ist nur zu erreichen durch eine energische Wahlkämpfe, durch eine unerschütterliche Aufklärungsarbeit. Es gilt in erster Linie, die Gleichgültigkeit der Einwohner zu beseitigen, die bisher noch vielfach zu beobachten war, und Interesse für Gemeindevorarbeiten zu erwecken. Hier ist also der Kampf gegen die Gegner scharf zu führen. Rücksichtslos müssen deren Sünden und Unterlassungen aufgedeckt werden, die gerade hier groß und zahlreich sind.

Mit dieser Arbeit aber muß bald begonnen, sie muß energisch in Angriff genommen werden, wenn sie Erfolg verheißt soll. Ist die Laubzeit der Gemeindevorwähler groß, so müssen unsere Bemühungen, sie aufzuräumen, um so eifriger betrieben werden. Sind wir uns dieser Aufgabe und der großen Bedeutung der Kommunalpolitik für die ärmeren Bevölkerung bewußt und handeln wir auch danach, dann werden auch bei den Gemeindevorwahlen die Erfolge nicht ausbleiben, dann wird uns auch die Gemeindevorwahlbewegung von Sieg zu Sieg führen. Darum vorwärts und ungeschwächt an die Arbeit. Es gilt, die wichtigsten kulturellen Obliegenheiten zu fördern, es gilt, die Bahn frei zu machen für eine sozialistische Gemeindepolitik!

Zur Finanz-, Reform.

Das unverbundene Zentrum.

Wir schilberten gestern in Anknüpfung an den Artikel eines nationalliberalen Abgeordneten in der Königschen Zeitung, wie sich jetzt ein ekelhaftes Jammerbild der bürgerlichen Parteien gegeneinander anpinnt. Statt daß sich die angeblich volkreundlichen Parteien einigermassen zusammenschließen, um die Verlegenheit der Regierung zugunsten der Durchführung wichtiger Volks-

forderungen, in erster Linie des Wahlrechts in Preußen, auszunutzen, verfolgt jede von ihnen nur ihre engstgehegten Parteivorteile, sucht jede von ihnen sich mit der volkreundlichen Regierung auf guten Fuß zu stellen und den Rivalen beiseite zu drängen. So lauert einer dem anderen auf; Konervative den Liberalen, Liberalen dem Zentrum, Zentrum der Liberalen und so fort.

Die Zentrum-Germania spöttelt nicht über dieses Treiben ihrer nebenbuhlerischen Parteien. Wobei freilich ganz und gar nicht zu vergessen ist, daß das Zentrum um kein Haar besser ist als die Liberalen, die es recht glücklich verhöhnt. Das Zentrumblatt schreibt:

„Was redet jetzt dem Zentrum freundlich zu, doch bei der Reichsreform mitzutun. Es ist gerode, als ob es gar keinen Block gäbe, der das Zentrum „ausgeschaltet“ hat und alle „nationalen Aufgaben“ allein lösen will und soll. Es ist eben doch keine angenehme und beim Volke beliebt machende Sache, 500 Millionen neuer Steuern zu bewilligen, und wenn die Kön. Hg. bereits von Reichstagsaufhebung und Appell an das Volk redet, so dürfte sie die Volkstümlichkeit der Reichsfinanzreform doch bedeutend überschätzen. Unter solchen Umständen möchte man beiseite rücken eine möglichst große Mehrheit für die Steuern haben, damit niemand nachher sagen kann: ich bin es nicht gewesen. Eine möglichst große Mehrheit für keine Vor schläge zu gewinnen und möglichst alle Parteien heranzuziehen, ist natürlich an erster Stelle auch der Wunsch des Reichstagspräsidenten Sponso, der sein Werk gesichert sehen möchte. Neben dem allgemeinen Wunsche nach der großen Steuerreform spielt bei der Umwerbung des Zentrums auch der Wunsch der Parteien recht und links eine Rolle, sich seiner für oder gegen eine bestimmte Steuer zu bedienen. Die Konserverativen treten für keine „Heranziehung“ ein, weil sie hoffen, es werde ihnen die Nachlasssteuer zu Fall bringen und jede sonstige etwa auftauchende direkte Steuer verhindern helfen. Die Liberalen wieder hoffen, es werde ihnen helfen, unangenehme indirekte Steuern, sowie solche direkten Steuern, die das mobile Großkapital nicht mag, zu verhindern. Reinecke schlagen beide sich schon wie eiferfüchtige Liebhaber um die Gunst der „ausgeschalteten“, „nationalen“, „arroganten“, „herrschsüchtigen“ Partei. Die das Zentrum ist es dabei lehrreich zu sehen, mit welchem Eifer gleichzeitig das Erstgebührenrecht des Blocks verteidigt und der Gebote zurückgewiesen wird, als könnte das Zentrum wieder als gleichbedeutend — man nennt das freilich „herrschende“, „maßgebende“ — Partei anerkannt werden. Die Meinung ist vielmehr: wenn es dem Block über die Raten der Finanzreform hinweggeholfen hat, kann der Block wieder gehen. Am ungewöhnlichsten spricht dies wohl die landespolitische Deutsche Tageszeitung aus, indem sie erklärt, es liege im besonderen Interesse des Blocks, daß das Zentrum mitarbeite, denn je mehr Parteien an dem Odium (Sach) der neuen Steuern tragen, um so mehr verleihe sich die Last und um so besser sei es für die Parteien, will sagen: das Zentrum soll dem Block einen Teil, möglichst den Hauptteil des Odiums abnehmen; dann wickelt man die „ausgeschalteten“ wieder weg und kann die Blockpolitik erleichterten Herzens weiter betreiben. Nun, das Zentrum wird schon auf der Hut sein, daß es sich nicht lediglich gebrauchen läßt, um dem Block das Odium abzunehmen oder die Bauwau zur Einrückung halb der einen, halb der anderen Blockpartei zu machen. Es wird an der Steuerreform mitarbeiten, aber lediglich um dabei seine eigenen Grundzüge zur Geltung zu bringen, nicht um inhaltliche Wanders unter dem Kommando anderer auszuführen. Im übrigen sind die Erörterungen hierüber ziemlich müßig. Was wird, kann sich erst zeigen, wenn die rechtliche Arbeit an den bisher noch unbestimmten Steuervorlagen in Angriff genommen worden ist. Es kommt in der Praxis manchmal anders, als man sich in der Theorie gedacht hat. Für die Blockpolitik, die der Reichstagspräsident so glücklich inaugurieren hat, beginnt eine gefährliche Periode, heißt die Kön. Hg. Man wird ja sehen.“

Man sieht, das Zentrum verhält sich vorsichtig abwartend, ist aber in jedem Augenblick bereit, für das „nationale“ Steuerwerk ins Zeug zu gehen, sobald es den gewünschten Parteivorteil erwarten darf. Die Germania meint, das Zentrum werde „seine eigenen Grundzüge zur Geltung zu bringen“ bestrebt sein. Der Hauptgrundsatz des Zentrums ist aber, wieder zur Regierung emporgelangen, keineswegs jedoch, das werktätige Volk vor schwerer Steuerlast zu bewahren.

Wie die Agrarier den Freisinn einseitig wollen.

Auch die agrarische Deutsche Tageszeitung rechnet damit, daß „dieser oder jener Steuerplan von der rechten oder linken Seite des Blocks abgelehnt, mit Hilfe des Zentrums aber schließlich doch angenommen wird“. Insbesondere hofft sie, daß es möglich sein werde, die „kritische Nachlasssteuer“ mit Hilfe des Zentrums zu Fall zu bringen, für das Ganze der abgeordneten Finanzreform, aber sowohl die Stimmen des Zentrums als auch des Liberalismus zu gewinnen. Genauer ausgedrückt: Konervative und Zentrum sollen miteinander die Finanzreform machen ohne Rücksicht auf die Blockpolitik; der Liberalismus soll aber dann in der Schlussabstimmung die Verantwortung für das konserverativ-ultramontane Werk mitübernehmen mit Rücksicht auf die Blockpolitik. Geändert wäre dadurch im Grunde nichts, denn der Block war nie etwas anderes als eine Illusion, mit deren Hilfe man den Freisinn vor den Wagen des liberal-konserverativen Regierungssystems spannte. Es würde nur der bisher geübten blockfreundschaftlichen Entschärfung, wenn sich der Liberalismus freiwillig zum Objekt hergäbe für den politischen Betrug, dessen Plan die Deutsche Tageszeitung im Goldbubenübermut schon heute auszulobert.

Vertical text on the left margin, likely a library or archival stamp.